Gemeinsam gegen Lebensmittelverschwendung: Volksbegehren sorgt für Debatte

Der Nationalrat debattiert über das Volksbegehren „Essen nicht wegwerfen“. Ziel ist es, Lebensmittelverschwendung durch gesetzliche Regelungen zu reduzieren und soziale Verantwortung zu fördern.

© AdobeStock

Der Nationalrat hat die hitzige Debatte über das wegweisende Volksbegehren „**Essen nicht wegwerfen**“ in Gang gesetzt! Was steckt hinter diesem Aufruf? Satte 126.767 Menschen fordern lautstark neue Gesetze, die entschlossen gegen die **Lebensmittelverschwendung** angehen. Es ist ein Wahnsinn, dass zahlreiche noch genießbare Lebensmittel in der Tonne landen, während so viele Menschen Hunger leiden!

Die zentrale Forderung

Lebensmittelhersteller und **Supermärkte** sollen gesetzlich dazu verpflichtet werden, ihre nicht mehr verkaufsfähigen, doch essbaren Produkte an gemeinnützige Organisationen zu spenden! „Kein Essensreste mehr im Müll!“ – diesem Konsens erliegen auch die Abgeordneten des Nationalrats, die klar machen: Lebensmittelverschwendung muss drastisch reduziert werden.

Bildung als Schlüssel?

Besonders **Carina Reiter** von der ÖVP sieht in der Bildung einen entscheidenden Hebel, um diesem Missstand entgegenzuwirken. „In 40 Prozent unserer Schulbücher wird das Thema Landwirtschaft oder Lebensmittelproduktion nicht einmal mehr angesprochen! Das muss sich ändern“, fordert sie leidenschaftlich. Auch Peter Wurm von der FPÖ erkennt den Wert der Aufklärung: „Kinder wissen oft nicht mehr, was mit Lebensmitteln passiert – das ist ein Alarmzeichen!“ Doch Wurm stellt sich gegen weitere gesetzliche Regelungen und plädiert für ein Umdenken. Früher fanden Lebensmittelabfälle ihren Weg zurück zum Tier, doch jetzt sei das durch Gesetze blockiert. „Es braucht mehr Freiraum für sinnvolle Lösungen!“, mahnt er. Die Realität in den Sozialmärkten sei nicht so einfach, wie es scheint. Nur etwa 1 Prozent der nicht verkäuflichen Waren erreichen aktuell diese Märkte, was laut Wurm zeigt, dass noch viel Arbeit vor uns liegt.

Internationale Vorbilder und regionale Lösungen

Eindeutig in die andere Richtung geht jedoch die Sichtweise von **Elisabeth Feichtinger** von der SPÖ. Sie pocht auf klare gesetzliche Regelungen, die Unternehmen zur Abgabe unverkäuflicher Lebensmittel an Sozialmärkte verpflichten. Die Erfolge in Ländern wie Frankreich, Tschechien und Italien

sprechen für sich – dort funktioniert dies ohne nennenswerte wirtschaftliche Einbußen!

„Regional produziert ist regional gewonnen!“, ruft **Ulrike Fischer** von den Grünen und untermauert die Wichtigkeit der lokalen Lebensmittelproduktion. „Schauen wir, dass wir die Lebensmittel verwenden, die wir direkt vor der Tür haben!“, fordert sie eindringlich. Denn die Katastrophensituation hat eindrucksvoll bewiesen, wie dringend wir auf unsere eigene Landwirtschaft angewiesen sind.

Und auch **Irene Neumann-Hartberger**, Abgeordnete und Bäuerin (ÖVP), weiß um die Verantwortung jedes Einzelnen: „Ein Umdenken in der Gesellschaft kann Wunder bewirken. Jeder kann seinen Beitrag leisten!“ Gemeinsam muss die Einstellung zum Thema Essen, Kaufen und Wegwerfen grundlegend überdacht werden.

Sehen Sie sich hier das Volksbegehren an: **Das Volksbegehren „Essen nicht wegwerfen“** – eine Chance, die wir ergreifen sollten!

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at